

Conrad, dem Vorsitzenden des Festkomitees, unter herzlichem Dank ein Vorbeerkranz überreicht, dessen rote Schleife die Widmung trug: Dem begeisterten Tonbichter der Freiheit, Wendelin Weipheimer — die sozialdemokratische Partei von Mainz!

Den Abschluß des ersten Theils des Festes bildete ein lebendes Bild: „Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie“. Es war nach Liebknecht's letzten Angaben gestellt: Die beiden Gruppen, jede noch die eigene Fahne tragend, vereinen sich unter der neuen roten Fahne, die Mary dem aus dem Grab aufsteigenden Lassaie zeigt. Mary hebt den stolz lächelnden Lassaie empor.“ So hatte sich Liebknecht das Bild vorgestellt, so hatte er es selber noch in einem Briefe vom 1. August d. J. an das Festkomitee beschrieben, so trat es in seinen beiden Abtheilungen in die Erscheinung und packte die Massen. Immer wieder hob sich der Vorhang unter den Klängen der Marsellaise.

Nach einer Pause begann der zweite, der gemüthlichen Geselligkeit gewidmete Theil des Festes.

### Erster Verhandlungstag.

Montag, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 25 Minuten eröffnet

Singer die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Mit dem Gefühl der tiefsten Begehrtheit trete ich heute an diese Stelle, um im Namen und im Auftrage der Parteileitung den Parteitag in Mainz für eröffnet zu erklären. Fehlt doch heute hier der Mann, zu dem wir Jahrzehnte lang in berehrungsvoller Liebe und Dankbarkeit aufgeschaut haben, der Mann, der seit der Gründung der Partei ihr Führer gewesen ist, er, den wir vor einigen Wochen zu Grabe getragen haben, der sich in den Herzen der Parteigenossen ein Denkmal gesetzt hat aere peronnius (dauernder als Erz): Wilhelm Liebknecht. (Die Versammlung erhebt sich.) Unser geliebter Lehrer, unser Meister, er weilt nicht mehr unter uns, wir können unsere Parteigeschäfte nicht mehr mit ihm, sondern nur in seinem Geiste vollziehen. Das Gefühl des Schmerzes und der Trauer, welches die ganze sozialistische Welt bei der Nachricht seines Todes durchzittert hat, ist noch in so lebhafter Erinnerung, daß ich nicht nöthig habe, weiter darauf zurückzukommen. Wir würden auch nicht im Sinne und Geiste unsres verehrten Alten handeln, wenn wir uns dauernd dem Schmerze hingäben und in unserm Schmerze vergäßen, was er der Partei zu thun vorgezeichnet hat. Streben wollen wir, arbeiten wollen wir, kämpfen wollen wir — damit erfüllen wir am besten das Vermächtniß unsres großen Todten, dessen Geist unsere Verhandlungen leiten wird.

Parteigenossen! Sie haben dadurch, daß Sie sich von Ihren Sigen erhoben haben, mir die Aufforderung dazu erpart. Ich schlage dem Parteitag vor, das demnächst zu erwählende Bureau zu beauftragen, im Namen der Gesamtpartei Deutschlands der Familie Liebknecht's eine Kundgebung der Trauer und der Theilnahme zu übermitteln. Ich stelle die Zustimmung des Parteitags fest. \*)

\*) Die vom Bureau des Parteitags abgeordnete Deputation hat folgenden Wortlaut:

In tiefem und treuem Gedenken Wilhelm Liebknecht's hat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz seine Verhandlungen eröffnet. Ihm, dem großen, unvergesslichen Todten, ist es in erster Linie zu verdanken, daß die Sozialdemokratie das Jubiläum der Einigung feiern darf. Nur im Bilde und im Geiste seiner Kämpfer, Freunde und Schüler vermag unser Alter an dem Erinnerungsfest seines Werks theilzunehmen. Unter dem Eindruck des unwiderbringlichen Verlustes ist es dem Parteitag ein ernstes Bedürfniß, denen ein Zeichen der Theilnahme zu senden, in deren sorgender Liebe Wilhelm Liebknecht den Quell sich stetig erneuernden Kämpfermuthes, den beglückenden Frieden des Heimats, das fördernde Verständnis für sein Wirken gefunden hat. Mit der Familie Wilhelm Liebknecht's empfindet schwer die Trauer um den sich Entrissenen.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz.

Im Auftrage: Singer.

Parteigenossen, wir treten zu einem Parteitag zusammen, dessen provisorische Tagesordnung uns reiche Arbeit giebt. Auf diesem Parteitag können wir feiern die 25jährige Erinnerung an den Einigungskongreß, an die Einigung der Partei, die uns stark gemacht hat, die zusammen mit dem Opfermuth, mit der Energie der Genossen die Partei zu dem gemacht hat, was sie heute ist, und die die Partei zu weiteren Erfolgen und Siegen führen wird. Wir gebeten jener Einigung am besten, wenn wir in dem Sinne, in dem sie damals vollzogen worden ist, weiter arbeiten und ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen nie vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, daß wir Sozialdemokraten bleiben wollen, und daß die deutsche Sozialdemokratie nur sein wird, was sie ist (Bravo!), wenn sie unverrückbar dem Ziel, das sie sich vorzeichnet hat, entgegenstreitet, für dieses Ziel, für dieses Endziel weiter kämpft. (Bravo!)

Wir feiern aber noch ein anderes Jubiläum in diesem Jahr, die zehnte Wiederkehr des Jahrestages der Beseitigung des Sozialistengesetzes. 1878 über die Partei heringebrochen, sank dieses Schandgesetz 1890. Das Sozialistengesetz, bestimmt gewesen, die Partei zu knebeln, existirt nicht mehr. Aber die bürgerlichen Parteien, die herrschenden Klassen, in deren Sinne und Dienste es gegeben wurde, sie sind noch vorhanden, und wir dürfen uns nicht daran genügen lassen, das Sozialistengesetz überwunden zu haben, wir werden die Vertreter des Geistes des Sozialistengesetzes, die noch mächtig genug sind, weiter bekämpfen, bis sie ebenfalls überwunden sind. So werden wir die Erinnerung an den Fall des Sozialistengesetzes nicht anders begehen können, als indem wir uns entschlossen zeigen und darüber keinen Zweifel lassen, daß wir uns stark genug fühlen, die herrschenden Klassen siegreich zu überwinden (Bravo). Unsere Arbeiten sind uns auch diesmal reichlich gesteckt; ich habe aber keinen Zweifel, daß der Eifer und der Ernst, mit dem auf unseren Parteitagen gearbeitet wird, es uns auch ermögligen wird, sie auch diesmal rechtzeitig und gedeißlich zu Ende zu führen.

Namens der Parteileitung erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte um Vorschläge zur Konstituierung des Bureau's.

Auf Vorschlag von Emmel-Mühlhausen werden zu Vorsitzenden des Parteitages Singer-Berlin und Ulrich-Offenbach gewählt.

Zu Schriftführern werden bestimmt: Ernst-Berlin, Braun-Königsberg, Frau Sieck-Hamburg, Müller-München, Eichhorn-Mannheim, Dr. Quard-Frankfurt, Schüpflin-Chemnitz, Lejche-Altona und Gewehr-Eberfeld.

Ferner wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt, die auf Vorschlag Eichhorn's folgendermaßen zusammengesetzt wird: Ulrich-Berlin, Eberhardt-Charlottenburg, Hermann-Mürnberg, Wafner-Stuttgart, Leuter-Apolda, Kühn-Langenbielau, Oldendorf-Braunschweig, Ullensbaum-Eberfeld und Stubbe-Hamburg.

Die Arbeitszeit wird wie immer auf die Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr festgesetzt.

Die Geschäftsordnung wird debattelos nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur Feststellung der Tagesordnung geschritten. Hierzu liegen die Anträge 1—3 vor. Nur Antrag 1 findet genügende Unterstützung.

Singer: Ich habe einem Wunsche Weibel's, der leider nicht hier sein kann, Ausdruck zu geben. Er bittet, sein Referat über die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen an der Stelle in der Tagesordnung zu belassen, die ursprünglich vorgesehen war. Er hat bei seiner Erkrankung den Wunsch, nicht sofort rednerisch thätig sein zu müssen, sobald er hier erschienen ist. Es liegt kein Grund für uns vor, diesem Wunsche nicht nachzukommen und ich glaube, daß

nach dieser Auskunft die Antragsteller des Antrages 1 nicht auf eine Abstimmung erst bestehen werden.

Ich stelle fest, daß die Antragsteller dem Wunsche Bebel's nachgekommen. Antrag 1 ist damit erledigt. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich die provisorische Tagesordnung für definitiv angenommen.

Gehe wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine freundliche Pflicht zu erfüllen und begrüße die Genossen, die von den ausländischen Bruderparteien zu unseren Beratungen delegiert sind. Wisser sind mir gemeldet Genosse Fernerstorfer als Delegierter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs und Genosse Remec als Delegierter der tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich heiße die Genossen Namens des Parteitag's herzlich willkommen. (Bravo!) Wir haben vor einigen Wochen Delegierte der deutschen Sozialdemokratie zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs entsandt. Das brüderliche Verhältnis der deutschen zur österreichischen Partei wird von beiden Seiten mit Liebe gepflegt. Wir sind stolz auf unsere tapferen österreichischen Genossen. Ein heißer Wahlkampf steht ihnen bevor. Wir wünschen ihnen aus vollem Herzen den Erfolg, den ihr Kampfesmut verdient (Bravo!), und ich hoffe, daß unsere ausländischen Genossen von Neuem die Ueberzeugung mit fornehmen werden, daß auch bei der Erledigung ihrer eigenen Geschäfte die Sozialdemokratie Deutschlands niemals das Gefühl der Solidarität und Brüderlichkeit für die sozialistischen Parteien des Auslandes verliert. (Bravo!)

**Bernerstorfer-Wien:** Vor Allem, Parteigenossen, habe ich Ihnen mitzuteilen, daß außer mir noch Genosse Dr. Ellenbogen delegiert ist, aber erst morgen kommen kann, da wichtige Parteigeschäfte ihn festhalten. Bald hätten wir ja in Folge der Auflösung des Parlaments überhaupt keinen Vertreter nach Mainz und nach Paris schicken können, aber da die Neuwahlen erst im Januar stattfinden, so war es uns noch möglich, unserem Herzenswunsch und unserer Pflicht nachzukommen. Für uns Oesterreicher ist es etwas ganz Eigentümliches, wenn wir über die Grenzen unseres Landes hinausgehen und namentlich, wenn wir nach Deutschland gehen. Sie kennen ja Alle aus den Zeitungen die österreichischen Verhältnisse oder wenigstens bilden Sie sich ein, sie zu kennen. (Heiterkeit.) In der That aber sind diese Verhältnisse uns selbst manchmal sehr dunkel, denn Oesterreich ist das Land der totalen Konfusion, es kennt sich Niemand mehr aus, und von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken giebt es nur ein Gefühl, das der Verdrossenheit und Unzufriedenheit. Seit dem Jahre 1879 weiß man, daß die gedeihliche Entwicklung Oesterreichs einzig davon abhängt, ob es gelingen wird, zwischen Deutschen und Czechen einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen. Aber von diesem Ziel entfernen wir uns von Tag zu Tag mehr. Wir in Oesterreich haben es vermöge unserer Verfassung und unserer Geschichte mit einem Element zu thun, das ja bei Ihnen auch vorhanden ist, das aber bei uns auf jede Weise künstlich gefördert wird: mit dem Junkertum, das insbesondere in Böhmen blüht und gedeiht und das ein Lebensinteresse daran hat, daß eine Verständigung zwischen beiden Nationen nicht erfolgt. Dieser Feudalismus ist künstlich eine Macht eingeräumt, die es ihr ermöglicht, weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinaus die politischen Verhältnisse zu beeinflussen, in Folge dieser Verhältnisse hat die Verständigung zwischen Deutschen und Czechen keinen Fortschritt gemacht, die bürgerlichen Parteien in Oesterreich stehen heute, national getrennt, sich feindseliger gegenüber als je zuvor. Sie können sich kaum eine Vorstellung davon machen, wie sehr bei uns der Chauvinismus in Blüthe steht. Eine vernünftige und besonnene Erörterung politischer Fragen ist bei uns für den Augenblick überhaupt ausgeschlossen. Der Umstand, daß es in Oesterreich eine Partei giebt, die zwar den realen Verhältnissen Rechnung tragend, sich in nationalen Fraktionen organisiert hat, aber doch in gemeinsamer Betrachtung die nationalen Schwierigkeiten zu überwinden sucht, dieser Umstand wird von

den bürgerlichen Parteien ausgenutzt, die sozialdemokratische Partei des nationalen Verraths zu bezichtigen, während doch in der That die Reichschläge der Sozialdemokraten wirklich gangbare Wege zur Lösung des Nationalitätenproblems bilden. In Folge der Versuche, von oben her die Parteien im Parlament zu terrorisieren, haben sich jene Dinge ereignet, die Sie Alle kennen und die schließlich zur Auflösung des Parlaments geführt haben. Freilich hat man dabei vergessen, daß ein neugewähltes Parlament gar keine anderen Funktionen ausüben kann, als das eben aufgelöste und daß es sehr wohl möglich ist, daß das neugewählte Parlament über seine erste Sitzung nicht hinauskommt, sondern daß sofort wieder die Obstruktion irgend einer Partei einsetzt. Noch ist das Verständniß bei uns nicht völlig durchgedrungen, daß es zur Beilegung des Nationalitätenstreits nur ein Mittel giebt: die Einführung wirklich demokratischer Formen, vor Allem die Beseitigung des künstlichen Uebergewichts der junkerlichen Faktoren.

Wir kommen zu Ihren Parteitag'en immer in dem Bewußtsein, daß wir hier nicht Fremde, sondern Brüder sind. Sind wir doch eines Geschlechts nicht nur der physischen Abstammung nach, sondern unserer ganzen politischen und sozialdemokratischen Erziehung nach. Die österreichische Arbeiterbewegung hat unmittelbar an die deutsche angeknüpft. Unsere Bildungsvereine wurden im Laffal'schen Geiste gegründet. Sie waren für uns immer vorbildlich. Wir fühlen uns den deutschen Genossen gegenüber verpflichtet zur Dankbarkeit in jedem Sinne, nicht allein in dem Sinne, daß sie uns Geist von ihrem Geist gegeben haben, sondern auch in dem Sinne, daß sie immer bereit waren, uns durch die That zu unterstützen; was ich damit meine, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Ich will mich auch über dies Thema nicht weiter verbreiten, bitte Sie aber, in den Partei-Vorstand nur solche Männer zu entsenden, die gewillt sind, uns in der bevorstehenden österreichischen Aktion sehr hilfreich zur Seite zu stehen (große Heiterkeit), insbesondere mit dem Gelde hapert es bei uns gewaltig. Mit großer Freude habe ich gestern aus der Rede von Auer gehört, wie Ihre Einnahmen gewachsen sind, für uns Oesterreicher etwas geradezu Phantastisches (Heiterkeit), lassen Sie von Ihrem Reichthum etwas abfließen in die dünnen Gefilde Oesterreichs, es ist ja für die gemeinschaftliche Sache.

Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu danken für das, was Sie für uns geleistet haben. Ihr Wirken war für uns Oesterreicher eine Aufriechung in schweren Tagen. Wenn wir Giel empfanden über die Verhältnisse bei uns, da blickten wir auf die deutsche sozialdemokratische Bewegung und wir empfanden Antrieb zu neuer Arbeit. Wir fühlen mit Euch Eure Leiden, wir feiern mit Euch Eure Siege, und der Anblick des Kampfes, den Ihr seit einem Menschenalter führt, stärkt uns von Neuem in unserem Kampf um die große Sache der Zukunft.

Wir kämpfen, wir werden weiter kämpfen und wir werden der gemeinsamen Sache Ehre machen. Euch aber, Euch deutschen Sozialdemokraten, den leuchtenden Vorbildern der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt, brüderlichen Gruß aus Oesterreich! (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

**Remec-Prag** überbringt die Grüße der tschechischen Sozialdemokratie: Wenn wir auch verschiedene Sprachen sprechen, so sprechen wir doch eine Rede, die Rede der Freiheit, der Brüderlichkeit des Proletariats. Was Bernerstorfer gesagt hat, das gilt auch für uns Czechen: Euer Kampf ist auch unser Kampf, Euer Sieg ist auch unser Sieg. Wir bringen Euch ein herzlichtes brüderliches Masdar! (Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: **Geschäftsbericht des Vorstandes.**

**Singer:** Ich werde wie in den Vorjahren den Bericht in einzelnen Abtheilungen diskutieren lassen und zwar in den Gruppen: Allgemeines, Klassenbericht, Sonstiges geordnet. Das Wort hat der Berichterstatter.

**Spannlich:** In der Parteipresse wurden, als die provisorische Tagesordnung für diesen Parteitag erlassen wurde, Stimmen laut, sie wäre für eine

Woche zu umfangreich. Ich bin nicht dieser Meinung, ich glaube, wenn wir uns nicht auf weitläufige Reden einlassen, werden wir diesmal in kürzerer Zeit als sonst fertig werden; es ist nur auf die Tagesordnung gesetzt worden, was unerlässlich war, wie das bei Punkt 7 durch die Ereignisse des Sommers bedingt der Fall wurde. Ich denke, die Verhandlung darüber wird kurz sein.

Ich werde in meinem Bericht mich der möglichsten Kürze befleißigen und erwarte Nachfolge meines Beispiels in Ihrer Diskussion. Die planmäßige Agitation ist das wichtigste Gebiet, das wir pflegen. An der bisherigen Agitation sind Aussetzungen nicht gemacht worden, die gestellten Anträge machen nur Vorschläge für den weiteren Ausbau. Daß die Parteigenossen im ganzen Reich die von der Zentralkasse planmäßig geleitete Agitation mit allen Kräften unterstützen werden, ist selbstverständlich. Der Antrag, der Agitation unter dem reisenden Publikum mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wird erst näher begründet werden müssen. Bisher haben wir es, denke ich, nicht nötig, wie Gauparteien, Heilsarmeen und dergleichen aufzutreten. Daß wir unsere Agitation, soweit es in den Kräften der Partei liegt, pflegen, erkennen auch unsere Gegner an, wenn es auch im Allgemeinen nicht angenehm ist, von den Gegnern gelobt zu werden. Wir können es uns jedoch gefallen lassen, wenn wie z. B. die „Kölnische Zeitung“ unsere Organisation und unsere Agitation ihren eigenen Parteigenossen zur Nachfolge empfiehlt.

Mit der Agitation eng verbunden ist die Pflege und Ausgestaltung unserer Presse. Der Gedankengang des Berliner Antrages, betreffend das Zentralorgan, ist bereits zu verwirklichen in Angriff genommen worden. Der Antrag ist gegenstandslos. Der Antrag auf Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ in das oberösterreichische Gebiet bezw. Errichtung einer Filiale daselbst bedeutet ein Experiment nicht nur in finanzieller Beziehung, sondern auch in personeller; denn von der Personenfrage hängt mit in erster Linie hier der Erfolg ab. Ob in diesen Beziehungen bereits die nötigen Garantien gegeben werden können, steht bis jetzt noch nicht fest, und es werden noch weitere Vorbereitungen und Auseinandersetzungen erforderlich sein.

Einheitliche Gesichtspunkte als Richtschnur für die Genossen in den kommunalen Vertretungsorganen hält auch die Parteileitung für wünschenswert. Einzelne Provinzialorganisationen sind vorläufig mit der Aufstellung kommunaler Programme vorgegangen, Brandenburg schon vor drei Jahren, dann Sachsen, Hessen, neuerdings auch Württemberg und Baden. Ob die Sache schon so weit gediehen ist, wie es der Antrag 4 wünscht, für alle diese Fragen ein spezielles Publikationsorgan zu schaffen, will ich in diesem Augenblick weder bejahen noch verneinen; ich persönlich neige mich der letzteren Ansicht zu.

In Bezug auf die nichtperiodische Presse sind ja, wie bereits auf den früheren Parteitag, Anträge gestellt, die dem guten Herzen ihrer Urheber alle Ehre machen, aber von einer Kenntnis der Grenzen der Machtmittel der Partei nicht zeugend ablegen. Wer den gesamten Geschäftsgang der Buchhandlung und die Praxis der Parteileitung kennt, wird einen Antrag, wie den auf Ausgabe der Broschüren auch in kleinen Parteien zu gleichem Preise wie bei großen Parteien nicht stellen.

Der Passus im Vorstandsbericht von der Thätigkeit der Gewerbevereine hat der gegnerischen, insbesondere der Scharmschneiderei Anlaß zur Konstatierung gegeben, daß die Sozialdemokratie auch dies Institut in den Dienst ihrer Bewegung zu ziehen versucht. Wir werden uns durch diese Klagen nicht abhalten lassen, mit noch verstärkter Kraft dafür einzutreten, daß das Gewerbeengesetz in einer Weise ausgestaltet wird, daß es nicht, wie heute noch vielfach, ein Messer ohne Klinge ist, sondern ein schneidiges Instrument im Kampfe um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Mit dem Antrage auf Errichtung einer eigenen Papierfabrik hat vorgestern sich eine Konferenz der Vertreter der Parteipresse beschäftigt und ist zu der Erklärung gekommen, daß augenblicklich an die Verwirklichung eines derartigen Projektes nicht gedacht werden kann. Ich meine, wenn die Sachmänner ein derartiges Urtheil abgeben, wird der Parteitag sich mit diesem Antrag kaum noch weiter beschäftigen.

Die Pflege der mündlichen Agitation ist selbstverständlich eine Pflicht, der sich keine Parteileitung, möge sie zusammengelegt sein wie sie wolle, je wird entziehen können. Die Gegner sind von dem Grundsatz, den sie beim Fall des Sozialistengesetzes so großspurig proklamirten, zurückgekommen. Man hat sich im Laufe der Jahre überzeugt, daß, wie Bismarck einmal sagte, die Sozialdemokratie nicht todtkeredet auch nicht todtkreformirt werden kann, sondern daß sie todtkeschossen werden müsse. Das Unternehmertum hat den geistigen Kampf aufgegeben, es mißt sich nicht mehr mit uns auf dem Podium der Volkssammlungen. Im Gegentheil versucht es, uns die mündliche Agitation durch wirtschaftlichen und politischen Druck unmöglich zu machen. Daraus ist die Saalabtreiberei großen Stils entsprungen und das Verlangen der Genossen eigene Lokalitäten zu erwerben. Wo die Verhältnisse dazu angethan sind, wird die Parteileitung den Wünschen der Genossen an den einzelnen Orten nach Pachtung, Erwerb oder Bau von Versammlungslokalen entgegenkommen; dazu bedarf es nicht eines besonderen Kaufsunds. Soviel zu den Anträgen.

**Kassenbericht:** Aus dem Kassenabschluß haben Sie ersehen, daß es in diesem Jahre nicht möglich gewesen ist, die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Seit dem Parteitag in Halle ist dies erst zwei Mal der Fall gewesen. Es war aber in Kriegsjahren, in Wahljahren, wo die Reserve in Angriff genommen werden mußte, weil an die Zentralkasse außerordentliche Anforderungen gestellt wurden. Es ist diesmal das erste Mal, daß wir in einem Friedensjahre mit den Einnahmen nicht auskommen sind. Im vorigen Jahre habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß wir ohne die Einnahmen aus den Parteigeschäften nicht auskommen können und daß wir, wenn diese Einnahmen sich einmal mindern, Defizit haben würden. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Wie der Ausweis ergibt, sind die Beiträge von der nordischen Wasserfante diesmal ausgeblieben. Der Abschluß würde aber trotzdem gut sein, wenn die Mehrzahl der großen Wahlkreise ihre Pflicht der Parteikasse gegenüber besser erfüllt hätten. Gewiß ist es in jedem Wahlkreise einmal möglich, daß er durch besondere Ausgaben in Anspruch genommen, der Zentralkasse nichts schicken kann. So war es in Elberfeld, so in Chemnitz der Fall, wo durch große Umwandlungen alle Mittel am Orte selbst aufgebraucht wurden. Die Genossen dieser Kreise haben ihre Pflicht sonst immer erfüllt. Sie werden es auch später wieder thun. Aber andere zahlreiche Kreise haben diese Entschuldigung nicht. Ich will Namen nicht nennen, aber sehen Sie sich doch die tabellarische Uebersicht an. Wahlkreise mit Nehmenden von sozialdemokratischen Stimmen sind da nicht vertreten, nicht einmal soviel haben einzelne Kreise geschickt, wie die Diäten ihrer Abgeordneten aus der Zentralkasse betragen. Nein, sie haben selbst diese Kosten andern Wahlkreisen aufgeschult. Hoffentlich ist es das letzte Mal, daß die Parteileitung einen derartigen Tadel aussprechen muß. Aber auch die Kreise, die Beiträge an die Parteikasse abgeliefert haben, sind mit ihren Beiträgen vielfach hinter dem zurückgeblieben, was sie leisten konnten. Die Dezentralisation, an der wir seit Jahren kranken, macht sich da recht unangenehm bemerkbar. Ich habe 14 Wahlkreise herausgeholt, diese Kreise hatten eine Einnahme von 114 600 Mk., davon haben sie an die Parteikasse 9243 Mk. abgeliefert. Dieses an sich sehr ungünstige Verhältnis würde noch viel schlimmer sein, wenn von diesen 14 Kreisen nicht drei allein 7167 Mk. abgeliefert hätten; es verbleiben elf und zwar sämtlich

gut situierte Kreise, die bei eigenen großen Einnahmen der Zentralkasse den Vorkauf von 2076 Mk. zugewiesen haben. Gewiß haben diese Wahlkreise ihr Geld auch so angewendet, wie sie es für richtig hielten. Aber es ist nicht angemessen, die Zentralkasse auf diese Weise trocken zu setzen, während im Bedarfsfalle man sich sofort an die Zentralkasse wendet und meint, daß da die Zehntausende ohne Weiteres zu haben sind. Die 14 Wahlkreise haben aber selber dreimal so viel Geld zurückgehalten, nämlich 27730 Mk., als sie an die Zentralkasse abgekauft haben. Das ist ein Zustand, der dauernd nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die künftige Parteileitung nicht achselzuckend jeden Wunsch ablehnen soll. Wo Nichts ist, kann Niemand Etwas bekommen, auch unsere ausländischen Freunde nicht. (Heiterkeit.) Es muß also anders werden.

Den Ueberblick über den Stand der Parteipresse kann ich in diesem Jahre leider nicht geben, weil die statistischen Mittheilungen bei dem frühen Stattfinden des Parteitags sehr spärlich eingelaufen sind. Nur die Tendenz der Entwicklung der Parteipresse kann ich angeben. Wenn täglich erscheinende Blätter waren nicht im Stande, ihren Abonnentenstand zu behaupten, sie haben 1096 Abonnenten verloren. Demgegenüber haben zwanzig andere täglich erscheinende Blätter einen Gewinn von 16000 neuen Abonnenten gehabt. Das ist ein Gewinn von 14000 Abonnenten. Die übrigen Blätter haben ihren Bestiand behauptet. Wenn auch einzelne Tagesblätter mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so prosperirt unsere tägliche Presse im Allgemeinen doch sehr gut. Schlimmer steht es mit den drei Mal wöchentlich erscheinenden Blättern aus. Diejenigen von ihnen, die am besten florirten, sind allmählig in Tagesblätter verwandelt worden, die ungenügender gestellt sind übrig geblieben. Zudem trifft die Krise in der Textilindustrie die Blätter, die in den Textilorten erscheinen. Die Zahl der Leser der drei Mal wöchentlich erscheinenden Blätter ist dort etwas zurückgegangen. Hoffentlich handelt es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung. Im Allgemeinen bitte ich, künftig dafür zu sorgen, daß das Material rechtzeitig einläuft, damit die Parteileitung im Stande ist, ein umfangreiches getreues Bild über den Stand der Parteipresse zu entwerfen.

**Meister erstattet den Bericht der Kontrolleure:** Es ist ein Zeichen für gesunde Parteiverhältnisse, daß wir uns bis auf einen Fall nur mit der Revision der Bücher des Vorstandes zu befassen hatten. Diese Revision hat regelmäßig stattgefunden, wir haben korrekte Buchführung und geordnete Verhältnisse angetroffen. Der eine Fall, mit dem wir uns sonst noch zu befassen hatten, betrifft eine Gehaltserhöhung, die Genosse Fischer, der der Buchhandlung vorsteht, erhalten hat, nicht eigentlich auf Veranlassung des Vorstandes, sondern durch die Schuld der Nürnberger, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Die Nürnberger beabsichtigten, Fischer als Vorstand des dortigen Geschäfts anzustellen und boten ihm ein wesentlich höheres Gehalt. Fischer glaubte das Gebot nicht ablehnen zu sollen und erklärte, die Stellung an der Parteibuchhandlung kündigen zu müssen. Der Vorstand hielt es im Interesse der Partei nicht für gut, Fischer von seiner Stellung zu entlassen und sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, eine Gehaltserhöhung für Fischer einzutreten zu lassen. Die Berliner Vertrauensleute sämtlicher Kreise legten gegen diese Gehaltserhöhung Protest ein. Die Kontrolleure haben nun unter Zuziehung der Berliner Vertrauensleute mit dem Vorstand in gemeinsamer Sitzung über den Protest beraten. Das Resultat war, daß die Mehrheit der Kontrolleure Angesichts der vollendeten Thatfache und in Anbetracht des Umstandes, daß Fischer sonst benachtheiligt worden wäre, da die Stelle in Nürnberg inzwischen anderweitig besetzt war, den Protest der Berliner Genossen abgelehnt haben. Die Sache wird ja hier zur Sprache gebracht werden. Das Fehlen aller weiteren Beschwerden ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Parteileitung nach allen Seiten ihre Schuldigkeit gethan hat. Ich beantrage für sie die Decharge. (Bravo!)

Folgender Antrag läuft ein:

Der Parteitag spricht seine Mißbilligung über die Erledigung der Gehaltserhöhung des Leiters der Vorwärts-Buchhandlung, des Genossen Fischer, von 4000 auf 5000 Mk. aus, welche Summe vom Partei-Vorstand bewilligt und von den Kontrolleuren bestätigt worden ist; der Parteitag hält eine Entlohnung von 4000 Mk. für diese Verwaltungsstellung für angemessen. Berlin I—IV. Niederbarnim. Bieskow. Stettin. Osthavelland.

**Waldek-Mauaffe-Berlin I:** Es ist mir, der ich zum ersten Mal als Delegirter auf einem Parteitag erscheine, natürlich sehr unangenehm, das Wort zu ergreifen in einer Frage, zu der Berufener reden könnten, aber ich habe einen Auftrag und diesen Auftrag muß ich ausführen. Die Berliner haben einmüthig den Protest erhoben. Sie halten eine Entlohnung des Postens mit 4000 Mk. für ausreichend, und sie sind vor allen Dingen darüber empört, daß das Gehalt sofort um 1000 Mk. erhöht wurde. Selbst wenn man die Gehälter nicht vom Parteistandpunkt ansieht, sondern wenn man die sonst im Buchhandel üblichen Gehälter betrachtet, so ist die Bezahlung von 4000 Mk. ausreichend. Wenn eine Stadt wie Nürnberg ein höheres Gehalt anbietet, so hat Berlin durchaus nicht nöthig, diesem Beispiel zu folgen. Vergessen wir doch nicht, daß dieselben Städte, die die Gehälter so ohne Weiteres erhöhen, nachher kein Partei-Vorstand am Zuschüsse einkommen. Wir haben natürlich keine Angst davor, daß die bürgerliche Presse nachher über uns herfallen könnte, weil wir die schwierige Faust hervorkehren. Etwa zu sagen, daß Fischer als Schriftsetzer weit weniger bekommen hat, solch dummer Gedanke fällt Niemand von uns ein. Die Gehälter, die wir zahlen, sollen unsere Beamten in den Stand setzen, anständig durchs Leben zu gehen, aber es dürfen keine Gehälter sein, deren Höhe abseits von Noth und Sorge ihnen das proletarische Empfinden kürzen könnte. Sonst könnte leicht in diesem oder jenem Kopfe der Gedanke entstehen, daß ihm an der Verewigung unserer Zustände unendlich viel mehr gelegen ist, als an der Anbahnung neuer. Es ist unendlich schwer, den einfachen Genossen, die treppauf, treppab laufen, und Flugblätter zu vertheilen, und die Tag und Nacht in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit thun, die Gründe für eine Gehaltsaufbesserung plausibel zu machen. Wenn aber schon eine Gehaltsaufbesserung erfolgen sollte, so hätte sie erfolgen müssen im Einverständniß mit den Berliner Genossen. Die Berliner Genossen sind durchaus frei von jeder Voreingenommenheit gegen Fischer; sie erkennen seine Verdienste durchaus an, aber es handelt sich für uns um eine prinzipielle Frage. Wenn die Berliner, die doch ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber in solchen Fragen thun, als nebensächlich angesehen werden, so ist das eine gewisse Unterschätzung. Es ist den Berliner Genossen nicht leicht geworden, diese Sache hier öffentlich zur Sprache zu bringen; es wäre uns viel angenehmer gewesen, wenn sie sich so hätte erledigen lassen. Die Kontrolleure haben bei Abwesenheit von zweien mit 3 gegen 2 Stimmen die Erhöhung des Gehalts sanktionirt. Der Vordredner sagte allerdings, die Kontrolleure waren in einer Nothlage, da Fischer ja sonst ohne Stellung gewesen wäre. Das war nicht der Fall, denn wir Alle hätten ihn zum alten Gehalt weiter gehalten. Nach unserer Meinung haben wir die Kerner nicht einfach vom Standpunkte des Gehalts und der Entlohnung anzusehen, sondern wir sind nebenher noch Sozialdemokraten, die den Gedanken des Idealismus auch in Bezug auf die eigene Person in die That umzusetzen haben. Zum Mindesten aber glauben wir die Art verurtheilen zu müssen, wie die Gehaltserhöhung erfolgte, und schon im Interesse des Verantwortlichkeitsempfindens des Vorstandes wäre es wünschenswerth, daß die Sache geklärt wird, und daß ein für alle Mal feste Normen für die Entlohnung unserer Parteibeamten geschaffen werden.